

Staatsrecht I

Gröpl

17. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-83778-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
Staatsrecht I
Christoph Gröpl



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht I

Staatsgrundlagen
Staatsorganisation
Verfassungsprozess

mit Einführung in das
juristische Lernen

von

Dr. Christoph Gröpl

o. Professor an der Universität des Saarlandes

17. Auflage 2025

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Gröpl StaatsR I Rn. 1



ISBN Print 978 3 406 83778 4

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 83814 9

ISBN E-Book (ePUB) 978 3 406 84463 8

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co.KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Für
Friederike, Konstanze,
Ferdinand und Ludwig



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 17. Auflage

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe sind aus staatsrechtlicher Sicht vor allem drei Ereignisse zu nennen, die für die vorliegende 17. Auflage zu berücksichtigen waren:

erstens das Scheitern der „Ampelkoalition“ im November 2024 „am fehlenden Geld“ (genauer an der „Schuldenbremse“), die darauf folgende Vertrauensfrage des Bundeskanzlers, die – wie geplant – negativ ausging (→ Rn. 1273 ff.), und die sich anschließenden vorzeitigen Neuwahlen Ende Februar 2025 nach dem reformierten System (→ Rn. 947 ff.);

zweitens die Verfassungsänderung vom Dezember 2024, motiviert durch das Ziel, die Widerstandsfähigkeit (Modewort: die Resilienz) des Bundesverfassungsgerichts zu stärken (→ Rn. 1454 ff.). In einem Lernbuch darf schmunzelnd die Frage gestellt werden, ob dies so wichtig war, dass dabei der eherne Art. 93 GG, der für viele Generationen von Jurastudenten eine „echte Hausnummer“ war, mit dem Art. 94 GG vertauscht werden musste;

drittens die Verfassungsänderung zur Aufweichung der „Schuldenbremse“ (→ Rn. 750, 763 f.). Dies wirft die Frage auf, ob Regieren in Deutschland ohne massive Neuverschuldung überhaupt noch möglich ist. Bemerkenswert war dabei im Übrigen die Tatsache, dass die erforderlichen Verfassungsänderungen nach der Bundestagswahl vom „alten“, abgewählten (20.) Bundestag in der Zeit vor dem Zusammentritt des neuen (21.) Bundestages bewerkstelligt wurde, weil die verfassungsändernde Mehrheit dort als nicht mehr sicher angesehen wurde. Wie hätten wohl manche von uns reagiert, wenn sich so etwas zB in Polen oder in Ungarn zugetragen hätte? Das Bundesverfassungsgericht zeigte sich jedenfalls unbeeindruckt.

Herzlich danken möchte ich meinen Lehrstuhlmitarbeitern, die mir für diese Auflage wertvolle Unterstützung zuteilwerden ließen, namentlich den Damen Dipl.-Juristinnen Veronica Wagner und Caroline Jung.

Saarbrücken, im August 2025

Christoph Gröpl



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Die Vorlesung Staatsrecht I ist nicht bei allen Studienanfängern beliebt. Zivil- und Strafrecht liegen bisweilen näher: In Gedanken sieht man sich schon beim Plädieren für den übervorteilten Mieter, beim Vernehmen des Angeklagten oder beim Aushandeln von „Deals“ in „Mergers & Acquisitions“. Da erscheint das Staatsrecht störend, eine lästige Verlängerung des Fachs Sozialkunde aus dem Schulunterricht. Wer so denkt, ist hier trotzdem willkommen: Das vorliegende Buch ist auch für Studentinnen und Studenten geschrieben, die mit dem Staatsrecht später nichts zu tun haben wollen. Es wird ihnen ohnehin kaum gelingen. Staatsrecht I ist mit der Anatomievorlesung im Medizinstudium vergleichbar: Jeder Mediziner benötigt Kenntnisse darin, auch wenn er längst keine Leiche mehr präpariert. In ähnlicher Weise „verfolgen“ jeden Juristen etwa Fragen des Rechtsstaatsprinzips ein Berufsleben lang. Auch wird von einem Juristen mit gewissem Niveau erwartet, dass er zB weiß, was ein Gesetz ist, dass er feststellen kann, wann es in Kraft getreten ist und ob es von Bundes- oder Landesbehörden vollzogen wird. Nicht nur vor diesem Hintergrund ist das Staatsrecht eine der Kernmaterien der juristischen Prüfungen – und wird es bleiben.

Dieses Buch wendet sich nicht an Experten. Details und Vertiefungen suche man in den „pandektischen“ Darstellungen des Staatsrechts, von denen es einige gute gibt.

Ganz herzlich danken möchte ich den ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern an meinem Lehrstuhl, die mich sehr engagiert und erfolgreich unterstützt haben, insbes. Frau Assessorin Victoria Herbert, Frau Assessorin Luisa Mertiny, Herrn Rechtsanwalt Dr. Markus Groß, Herrn Rechtsreferendar Christoph Keller, Frau Dipl.-Juristin Inga Breitbach, den Herren stud. iur. Reinald Georg, David Haus und Tobias Raab sowie meiner Sekretärin Frau Marlies Weber.

Auch für dieses Lernbuch gilt die Erkenntnis von Karl Popper: „Kein Buch wird jemals fertig; während wir daran arbeiten, lernen wir immer gerade genug, um seine Unzulänglichkeit zu sehen, wenn wir es der Öffentlichkeit übergeben.“ In diesem Sinne freue ich mich über Verbesserungsvorschläge und danke im Voraus für konstruktive Kritik, am einfachsten per E-Mail an: lehrstuhl@groepl.uni-saarland.de.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 17. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Verzeichnis weiterführender Literatur	XLIII

Rn. S.

Vorbemerkungen

§ 1. Kurze Einführung in das juristische Lernen	1	1
---	---	---

Teil I. Grundlagen und Grundbegriffe

§ 2. Gegenstand des Staatsrechts	76	19
§ 3. Einordnung des Staatsrechts	90	23
§ 4. Verfassung – Grundgesetz	124	31

Teil II. Staatsgrundlagen und Staatsziele

§ 5. Allgemeines	217	62
§ 6. Demokratie	247	69
§ 7. Rechtsstaat	422	121
§ 8. Republik	521	152
§ 9. Bundesstaat	531	155
§ 10. Sozialstaat	662	190
§ 11. Finanzstaat, Finanzverfassung	697	201
§ 12. Umwelt- und Tierschutz	769	225
§ 13. Bestand des Verfassungsstaates – „wehrhafte Demokratie“	779	228
§ 14. Offene Staatlichkeit – Deutschland in Europa	808	238

Teil III. Organe, Kompetenzen und Funktionen

§ 15. Gewaltenteilung	864	257
§ 16. Bundestag und Bundesrat	911	271
§ 17. Gesetzgebung und Normsetzung	1072	317
§ 18. Regierung und Verwaltung	1238	361
§ 19. Rechtsprechung	1426	408

	Rn.	S.
Verzeichnis der Übersichten und Schemata		467
Verzeichnis der Erläuterungsfälle		471
Verzeichnis der zitierten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts		473
Sachverzeichnis		481


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 17. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Verzeichnis weiterführender Literatur	XLIII

Rn. S.

Vorbemerkungen

§ 1. Kurze Einführung in das juristische Lernen	1	1
I. Drei „klassische“ juristische Lehrgebiete	1	1
II. „Juristisches Handwerkszeug“	4	1
1. Ausgangsbefund	4	1
2. Methode	5	2
a) Definition/Interpretation	5	2
b) Subsumtion	7	2
c) Recht und Sprache	8	2
d) Mehrdeutigkeit von Wörtern	9	3
e) Notwendige Abstraktion der Gesetzes- sprache	11	3
f) Fazit	14	4
3. Prüfungsrelevanz	15	4
4. Erfassen des Sachverhalts einschließlich der Aufgabenstellung (des Bearbeitervermerks) . . .	17	4
a) Sachverhalt	17	4
b) Bearbeitervermerk	19	5
aa) Rechtmäßigkeit	19	5
bb) Verfassungsmäßigkeit	20	5
cc) Formelle und materielle Prüfung	22	5
dd) Prozessualer Teil	26	6
5. Gliederung	29	7
6. Niederschrift: juristische Darstellung	31	8
a) Formales, insbesondere Rechtschreibung und Stil	31	8
b) Gutachtenstil, Syllogismus	34	9
c) Zitieren von Normen	48	12

	Rn.	S.
III. Lernstrategien	55	13
1. „Weniger ist mehr“	55	13
2. „Locker leben und hart arbeiten“	57	14
3. Stoffaneignung	63	15
a) Keine Litanei: Arbeit mit dem Gesetz	63	15
b) „Mutter des Erfolgs“: konsequente Wiederholung	67	16
c) „Übung macht den Meister“	70	17
d) Zu guter Letzt	72	17

Teil I. Grundlagen und Grundbegriffe

§2. Gegenstand des Staatsrechts	76	19
I. Recht	77	19
II. Staat	80	20
1. Staatsrecht – Staatsrechtslehre – Staatslehre	80	20
2. Völkerrecht	81	20
3. Juristische Verselbständigung	84	21
§3. Einordnung des Staatsrechts	90	23
I. Öffentliches Recht und Privatrecht	91	23
1. Zweiteilung der verschiedenen Rechtswege	91	23
2. Unterschiedliche Konzepte	95	24
3. Abgrenzungstheorien	100	25
4. Teilgebiete des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	104	26
II. Staatsrecht und Verwaltungsrecht	108	27
1. Staatsrecht	109	27
a) Inhalt	109	27
b) Verfassungsrecht	114	28
c) Bundes- und Landesverfassungsrecht	117	28
d) Europarecht	118	29
2. Verwaltungsrecht	119	29
a) Allgemeines Verwaltungsrecht	120	29
b) Besonderes Verwaltungsrecht	121	29
c) Sozialrecht und Steuerrecht	122	30
§4. Verfassung – Grundgesetz	124	31
I. Verfassungsfunktionen	124	31
1. Allgemeines	124	31
2. Verfassung im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat	126	31

	Rn.	S.
II. Verfassungsautorität	131	33
1. Erschwerte Abänderbarkeit	132	33
2. Vorrang der Verfassung	134	34
3. Exkurs: Normenkonkurrenzen und juristische Kollisionsregeln	147	37
III. (Kleine) Verfassungsgeschichte	152	41
IV. Verfassungsgebung	158	42
1. Verfassungsgebende und verfasste Staatsgewalt	158	42
2. Verfassungsänderungen	161	43
a) Fundamentalreformen	161	43
b) „Einfache“ Verfassungsänderungen	162	43
V. Verfassungsstaat	164	44
1. Grundgesetz und Verfassungen der Länder . . .	164	44
2. Entstehung des Grundgesetzes	167	45
3. Deutsche Einheit	173	47
4. Legitimationsdefizit des Grundgesetzes?	176	48
5. Gliederung	177	48
VI. Verfassungstext – Verfassungsauslegung	187	52
1. Fehlende Eindeutigkeit des Verfassungstextes .	187	52
2. Rechtsanwendung – juristische Methode	189	53
3. Auslegung (Interpretation)	192	54
4. Rechtsfortbildung, Verfassungsfortbildung . . .	201	56
5. Methodendilemma – Methodenstreit	207	57
6. Besonderheiten der Verfassungsauslegung	211	59

Teil II. Staatsgrundlagen und Staatsziele

§ 5. Allgemeines	217	62
I. Bedeutung	217	62
II. Staatsgrundlagen – Staatsfundamentalnorm	220	63
1. Begriff	220	63
2. Unabänderliche Grundlagen	222	63
3. Menschenwürdegarantie als oberste Verfassungsdirektive	224	64
4. Art. 20 GG als Staatsfundamentalnorm	226	64
a) Inhalt	226	64
b) Unmittelbar geltendes, aber abstraktes Verfassungsrecht	231	65
c) Erstreckung auf die Länder	235	66
5. Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung („FDGO“)	238	67

	R.n.	S.
6. Weitere Strukturvorgaben des Grundgesetzes .	241	68
III. Staatsziele – Staatszielbestimmungen	243	68
§ 6. Demokratie	247	69
I. Volkssouveränität	248	70
1. Begriff	248	70
2. Staatsvolk	251	71
a) Formale statt materielle Anknüpfung	252	71
b) Abstrakte Bestimmung	253	72
3. Ursprung und Ausübung der Staatsgewalt	256	73
a) Ausübung der Staatsgewalt unmittelbar durch das Volk	257	73
b) Ausübung der Staatsgewalt durch „besondere Organe“	258	73
4. Legitimation	262	74
a) Unmittelbare und mittelbare Legitimation	262	74
b) Arten der Legitimation	265	75
aa) Institutionell-funktionelle Legitimation	266	75
bb) Organisatorisch-personelle Legitimation	268	76
cc) Sachlich-inhaltliche Legitimation	271	77
II. Formen der Demokratie	275	78
1. Direkte (unmittelbare) Demokratie als Urform und Utopie	275	78
2. Repräsentative Demokratie	277	79
a) Legitimation durch Repräsentation	278	79
b) Gesamtrepräsentation; freies statt imperatives Mandat	281	80
c) Parlamentsvorbehalt (Wesentlichkeitslehre)	286	82
3. Anreicherung der repräsentativen Demokratie mit plebiszitären Elementen	290	84
III. Regierungssysteme (Regierungsformen)	293	85
1. Abgrenzungen	293	85
2. Parlamentarisches Regierungssystem	294	85
3. Präsidiales Regierungssystem	295	86
4. Mischsystem	298	87
5. Regierungssystem des Grundgesetzes	299	87
IV. Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	303	88
1. Pluralismus und Mehrheitsprinzip	304	88
a) Notwendigkeit der Meinungsvielfalt	304	88
b) Notwendigkeit von Mehrheitsentscheidungen	305	89
c) Arten der Mehrheit	307	89

	Rn.	S.
2. Minderheitenschutz und Oppositionsrechte . . .	320	92
a) Verwurzelung des Minderheitenschutzes . .	320	92
aa) Demokratieprinzip	321	92
bb) Rechtsstaatsprinzip und Grundrechte .	323	93
b) Stellung der parlamentarischen Opposition .	325	94
V. Wahlen	337	97
1. Bedeutung	337	97
2. Periodizität der Wahlen	339	98
a) Herrschaft auf Zeit	340	98
b) Wahlzyklus	342	99
3. Wahlberechtigung und Wählbarkeit	344	100
4. Wahlrechtsgrundsätze	354	102
a) Abgrenzung zum Wahlsystem	354	102
b) Allgemeinheit der Wahl	355	102
c) Unmittelbarkeit der Wahl	358	103
d) Freiheit der Wahl	359	104
e) Gleichheit der Wahl – Neutralitätsgebot . .	360	104
f) Geheimheit der Wahl	368	106
g) Öffentlichkeit der Wahl	369	107
h) Rechtscharakter	370	107
VI. Politische Parteien	371	108
1. Begriff	371	108
a) Einfachgesetzliche Definition	371	108
b) „Europaparteien“, „Freie Wähler“, „Ausländerparteien“	374	108
c) Freiheit vom Staat und von gesellschaftlichen Organisationen	376	109
2. Funktion: Mitwirkung an der politischen Willensbildung	378	110
3. Freiheit der Gründung und der Betätigung . . .	383	111
4. Innerparteiliche Demokratie	384	112
5. Chancengleichheit der Parteien	390	113
6. Fraktionen	397	115
7. Parteienfinanzierung	398	115
a) Grundlagen	398	115
b) Unmittelbare staatliche Parteienfinanzierung	402	116
c) Mittelbare staatliche Parteienfinanzierung .	405	117
d) Restriktionen bei Zuwendungen Dritter . .	408	118
e) Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung	410	119

	R.n.	S.
8. Parteiverbot	411	119
VII. Interessenverbände und Lobbyismus	417	119
§7. Rechtsstaat	422	121
I. Begriff des Rechtsstaats	422	121
1. Herleitung und Inhalt	422	121
2. Rechtsstaatlichkeit im formellen und im materiellen Sinn	426	121
II. „Formelle Elemente“ des Rechtsstaats	430	123
1. Gewaltenteilung	430	123
2. Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns	431	123
a) Begriffsklärungen	432	123
aa) Formelles und materielles Recht	432	123
bb) Gesetz im formellen und Gesetz im materiellen Sinn	434	124
cc) „Gesetz und Recht“	440	125
b) Vorrang von Verfassung und Gesetz	444	127
aa) Anwendungsgebot und Abweichungsverbot	445	127
bb) Vorrang der Verfassung	446	127
cc) Vorrang des Gesetzes	448	128
dd) Verwerfungskompetenz, Verwerfungsmonopol	449	128
c) Vorbehalt des Gesetzes	454	129
aa) Ergänzungs- und Legitimationsfunktion	455	130
bb) Differenzierung nach Lebensbereichen	456	130
cc) Vom Vorbehalt des Gesetzes zum Parlamentsvorbehalt	460	131
3. Prozessuale Dimension: Rechtsweggarantie, Justizgewähr und Justizgrundrechte	464	132
a) Rechtsweggarantie	464	132
b) Allgemeiner Justizgewährungsanspruch	465	132
c) Justizgrundrechte	466	133
4. Begründungspflicht für Hoheitsakte	466a	133
III. „Materielle Elemente“ des Rechtsstaats	467	134
1. Rechtssicherheit	468	134
a) Verlässlichkeit und Beständigkeit der Rechtsordnung	468	134
b) Rechtsklarheit, Rechtswahrheit und Rechtsbestimmtheit	469	135
aa) Inhaltliche Dimensionen; Verwurzelung	470	135
bb) Differenzierte Maßstäbe	474	136

	Rn.	S.
cc) Unbestimmte Rechtsbegriffe, Ermessen, Generalklauseln	476	136
dd) Verweisungen	480	137
c) Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot	485	139
aa) Herleitung	486	139
bb) Grundlagen und Abgrenzung	488	140
cc) Echte und unechte Rückwirkung	490	140
dd) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	492	141
ee) Beseitigung des Vertrauens, Ankündigungseffekt	498	143
2. Unmittelbare Geltung der Grundrechte	504	146
3. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Übermaßverbot)	507	146
4. Willkürverbot	517	150
IV. Unterscheidung von Staat und Gesellschaft	520	151
§ 8. Republik	521	152
I. Allgemeines	521	152
II. Formelles Verständnis: „Nicht-Monarchie“	523	152
III. Materielles Verständnis: Freiheitlichkeit, Gemeinwohlverpflichtung	528	154
§ 9. Bundesstaat	531	155
I. Allgemeines	531	155
1. Wesen eines Bundesstaats	531	155
2. Abgrenzung zum Einheitsstaat und zum Staatenbund	536	156
II. Deutschland als Bundesstaat	540	157
1. Entwicklung zum heutigen Bundesstaat	540	157
2. Bundesstaatlichkeit im Grundgesetz: Grundprinzip und Ausformungen	546	159
3. Bestandsgarantie der Länder – Neugliederung	548	159
a) Institutionelle Garantie der Länder	549	159
b) Neugliederung des Bundesgebiets: Allgemeines	551	160
c) Möglichkeiten zur Neugliederung des Bundesgebietes	552	160
4. Homogenitätsgebot; Normativ- und Durchgriffsbestimmungen	559	162
a) Föderative Vielfalt und ihre Schranken	559	162
b) Normativbestimmungen	561	163
c) Durchgriffsbestimmungen	565	163

	R.n.	S.
5. Kompetenzverteilungsregeln	566	164
a) Horizontale und vertikale Gewaltenteilung	566	164
b) Ausgangsvermutung zugunsten der Länder	569	165
6. Verhältnis von Bundes- und Landesrecht	573	166
a) Bundesrecht bricht Landesrecht	574	166
aa) Vorfrage der Gültigkeit (Gesetzge- bungskompetenz)	575	166
bb) Rechtsfolgen von Kollisionen	578	167
b) Sonderregelungen	581	168
aa) Verhältnis von Bundes- und Landes- grundrechten	581	168
bb) Verhältnis von sonstigem Landesverfas- sungsrecht zu Bundesrecht	585	169
7. Bundestreue	586	169
8. Bundeszwang	597	172
9. Auswärtige Beziehungen	602	173
a) Verbandskompetenz des Bundes als Grundsatz	603	173
b) Sonderregelungen	605	174
c) Organkompetenz	608	174
III. Kooperativer Föderalismus	609	175
1. Verschränkung der bundesstaatlichen Gewalten	609	175
2. Wahrung der Gleichwertigkeit der Lebensver- hältnisse	616	176
3. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusam- menarbeit	618	177
4. Verfassungsrechtlich nicht geregelte Koopera- tionsformen	626	179
a) Entwicklungen in der Praxis; verfassungs- rechtliche Zulässigkeit	627	180
b) Kooperationsformen ohne rechtliche Bindungswirkung	630	180
c) Kooperationsformen mit rechtlicher Bindungswirkung	633	181
IV. „Unitarischer Bundesstaat“ – Reform der födera- tiven Ordnung	638	182
1. Vereinheitlichung, Nivellierung, Blockierung	638	182
a) Unitarische Tendenzen im Staatsorganisa- tionsrecht	638	182
b) Unitarische Wirkung der Grundrechte	641	183

	Rn.	S.
2. Gegensteuerung: Reform der föderativen Ordnung	643	184
a) Verfassungsreform von 1994	643	184
b) Föderalismusreformen I und II sowie Folgeänderungen	644	185
V. Kommunale Selbstverwaltung	646	185
1. Begriff der Gemeinden und Gemeindeverbände	646	185
2. Rechtsstellung der Kommunen	651	186
3. Wirkungskreis der Kommunen	653	187
a) Selbstverwaltungsangelegenheiten	653	187
b) Auftragsangelegenheiten	656	187
4. Unmittelbare demokratische Legitimation	658	188
5. Rechtsstreitigkeiten und Rechtsschutz	660	189
§ 10. Sozialstaat	662	190
I. Geschichtlich-soziologischer Hintergrund	662	190
II. Sozialstaatlichkeit als Staatsgrundlage	666	191
1. Objektives Verfassungsprinzip	666	191
a) Unabänderlichkeit	666	191
b) Verpflichtung des Staates	667	191
c) Keine Ansprüche unmittelbar aus dem Sozialstaatsprinzip	668	191
aa) Grundsatz	668	191
bb) Ausnahmen	670	192
2. Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber	673	192
a) Staatszielbestimmung	673	192
b) Gestaltungsspielraum	674	193
c) Kollidierende Abwägungsfaktoren	677	194
d) Untergrenze	681	194
3. Bedeutung für Verwaltung und Rechtsprechung	684	195
III. Weiterer Normbefund	685	196
1. Einzelnormen im Grundgesetz	685	196
2. Zurückhaltung des Grundgesetzes	689	196
3. Einfachgesetzliche Ausgestaltung	693	197
a) Umverteilung als Methode der Sozialstaatlichkeit	693	197
b) Hohe Sozialquote	695	198
c) Einzelbereiche	696	198
§ 11. Finanzstaat, Finanzverfassung	697	201
I. Bedeutung	697	201
1. Finanzstaat	698	201
2. Gliederung der Finanzverfassung	701	202

	R.n.	S.
II. Finanzverfassung im engeren Sinn	704	202
1. Steuern und andere Abgaben	705	203
a) Bedeutung und Begriff der Steuer	705	203
b) Andere Abgaben	707	203
2. Steuerhoheiten (Steuerkompetenzen)	715	205
a) Steuerertragskompetenz	716	206
b) Steuergesetzgebungskompetenz	721	207
c) Steuerverwaltungs- und Steuerrechtspre- chungskompetenz	725	209
3. Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	730	210
a) Finanzkraftausgleich („Umsatzsteuer- Finanzausgleich“, horizontaler Finanz- ausgleich)	731	211
b) Bundesergänzungszuweisungen (vertikaler Finanzausgleich)	732	212
c) Überblick – gesetzliche Ausgestaltung – Streitanfälligkeit	734	212
d) Kommunalen Finanzausgleich	737	213
4. Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern	738	214
a) Prinzipien für die Verteilung der Finanz- lasten	739	214
b) Ausnahmen, insbes. Mischfinanzierungstat- bestände	744	215
5. Haushaltshoheit	746	216
a) Grundsatz der Haushaltstrennung	746	216
b) Einschränkungen	748	217
III. Haushaltsverfassung	754	219
1. Geltungsbereich	754	219
2. Haushaltsplan und Haushaltsgesetz	755	219
a) Parlamentarisches Budgetrecht	755	219
b) Haushaltsplan	756	220
c) Haushaltsgesetz	757	220
d) Haushaltsgrundsätze	759	221
3. Kreditfinanzierung – Staatsschuldenrecht	761	222
4. Nothaushaltsrecht und Notbewilligungsrecht	765	223
5. Haushaltskontrolle	767	224
§ 12. Umwelt- und Tierschutz	769	225
I. Schutzgegenstand und Zukunftsbezug	769	225
II. Normadressaten	772	226
1. Legislative	773	226
2. Exekutive und Judikative	776	227
III. Rechtscharakter	777	227

	Rn.	S.
§ 13. Bestand des Verfassungsstaates –		
„wehrhafte Demokratie“	779	228
I. Hintergrund	779	228
II. Schutz des Verfassungskörpers	782	229
1. Erschwerte Abänderbarkeit	784	230
2. Verbot der Verfassungsdurchbrechung	787	230
3. Unabänderlicher Kernbestand – „Ewigkeits- klausel“	788	231
III. Schutz gegen Bedrohungen aus dem staatlichen Binnenbereich	795	233
1. Verfassungstreuepflicht der Beamten und Richter	796	233
2. Richteranklage	797	234
3. Präsidentenanklage	798	234
IV. Schutz gegen Bedrohungen aus der Gesellschaft . .	799	234
1. Verwirkung von Grundrechten	801	235
2. Vereinsverbot	802	235
3. Parteiverbot	803	235
V. Exekutiver Verfassungsschutz	807	238
§ 14. Offene Staatlichkeit – Deutschland in Europa	808	238
I. Normbefund	808	238
II. Völkerrechtsoffenheit und Völkerrechtsfreundlich- keit des Grundgesetzes	809	239
1. Internationale Zusammenarbeit	810	239
a) Übertragung von Hoheitsrechten	810	239
b) System kollektiver Sicherheit	812	240
c) Grenzen der Übertragung von Hoheits- rechten	814	240
2. Übernahme von Völkerrecht in nationales Recht	815	241
a) Völkerrechtliche Verträge	815	241
b) Allgemeine Regeln des Völkerrechts	819	242
3. Friedliches Zusammenleben der Völker	822	243
4. Grenze der Völkerrechtsoffenheit: Vorrang der Verfassung	824	244
III. Verwirklichung eines vereinten Europas – Euro- päische Union	827	245
1. Historische Leitlinien	828	245
2. Rechtsnatur der Europäischen Union – Staa- tenverbund	833	246

	R.n.	S.
3. Organe der Europäischen Union und ihre Aufgaben	838	248
a) Europäisches Parlament	839	248
b) Europäischer Rat	840	248
c) Rat	841	249
d) Europäische Kommission	842	249
e) Gerichtshof der Europäischen Union	843	249
f) Europäische Zentralbank	844	249
g) Rechnungshof	845	250
4. Europäische Integration und ihre Grenzen	846	250
a) Übertragung von Hoheitsrechten – formelle Voraussetzungen	846	250
b) Materielle Voraussetzungen: Anforderungen an die Europäische Union	847	250
c) Besondere Mehrheitsvoraussetzungen – Grenzen der Integration	850	251
5. Verhältnis des Unionsrechts zum deutschen Recht	852	252
a) Primär- und Sekundärrecht	852	252
b) Rang des Unionsrechts – Anwendungsvorrang	854	252
c) Verhältnis des Unionsrechts zu Grundrechten des Grundgesetzes	857	253
6. Aspekte der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung	858	254

Teil III. Organe, Kompetenzen und Funktionen

§ 15. Gewaltenteilung	864	257
I. Allgemeine Bedeutung	864	257
1. Drei Funktionen	864	257
a) Legislative, Exekutive und Judikative	864	257
b) Trennung und Zuordnung	867	258
2. Drei Beweggründe	868	258
a) Rechtsstaatliches Motiv	869	259
b) Demokratisches Motiv	871	259
c) Motiv der Effektivität	872	259
II. Ideengeschichte der Gewaltenteilung	875	260
1. Antike	875	260
2. Gewaltenmonismus, Absolutismus	877	260

	Rn.	S.
3. Moderne Gewaltenteilungslehren	879	261
a) John Locke	880	261
b) Charles de Montesquieu	883	262
c) „Hinkende Gewaltenteilung“ im 19. Jahrhundert	884	262
III. Gewaltenteilung im Grundgesetz	885	263
1. Horizontale und vertikale Gewaltenteilung	885	263
a) Rechtsstaatliche Gewaltenteilung	885	263
b) Bundesstaatliche Gewaltenteilung	886	263
2. Arten der horizontalen Gewaltenteilung	887	264
a) Funktionelle Gewaltenteilung	887	264
b) Organisatorische Gewaltenteilung	891	265
c) Personelle Gewaltenteilung	895	266
3. Gewaltenverschränkung	899	267
a) Funktionsverzahnungen – Ineinander- greifen der Gewalten	900	267
b) Grenzen der Gewaltenverschränkung	903	268
c) Strikte Gewaltentrennung im Bereich der Rechtsprechung	906	269
§ 16. Bundestag und Bundesrat	911	271
I. Gesetzgeber; Funktionen von Gesetz und Gesetz- gebung	911	271
II. Bundestag	917	272
1. Rechtsstellung und Funktionen	918	272
a) Rechtsgrundlagen	918	272
b) Rechtsstellung und Untergliederungen	920	272
c) Aufgaben	923	273
d) Beschlüsse, Beschlussfähigkeit, Beschluss- fassung	924	274
e) Selbstversammlungsrecht; kein Selbstauflö- sungsrecht	926	274
2. Abgeordnete (Mitglieder des Bundestages)	929	275
a) Rechtsstellung der Abgeordneten und Rechtsgrundlagen	930	275
b) Freies Mandat	932	275
c) Gleiches Mandat	935	276
d) Organschaftliche Mitwirkungsrechte	936	277
e) Indemnität und Immunität	938	278
3. Wahlen zum Deutschen Bundestag	941	279
a) Wahlsysteme	942	279
aa) Mehrheitswahlsystem	943	279

	R.n.	S.
bb) Verhältniswahlssystem	945	280
b) Bundeswahlrechtssystem – Grundzüge	947	281
c) Sitzzuteilungsverfahren	951	283
aa) Oberverteilung	952	284
bb) Unterverteilung – Zweitstimmende- ckung	953	284
cc) Einzelbewerber	957	285
dd) Mehrheitssicherung	958	285
d) Umrechnungsmethode nach Sainte-Laguë/ Schepers	959	286
e) Einzelfragen zur Vertiefung	964	287
aa) Fünf-Prozent-Sperrklausel	964	287
bb) Wahlkreisklausel (Grundmandatsklau- sel)	967	288
cc) Abschied von den sog. Überhangman- daten	969	290
f) Wahlprüfung	970	290
4. Leitung und Verwaltung des Bundestages	975	291
a) Bundestagspräsident und Stellvertreter	975	291
aa) Wahl und Stellung des Bundestagspräsi- denten	975	291
bb) Funktionen des Bundestagspräsidenten	978	292
cc) Stellvertreter	982	292
b) Präsidium	985	293
c) Ältestenrat	986	294
d) Bundestagsverwaltung	988	294
5. Fraktionen	989	294
a) Funktionen	989	294
b) Rechtsgrundlagen und Rechtsstellung	990	295
aa) Bildung	993	296
bb) Parlamentarische Rechte	996	297
cc) Ausschluss	999	298
6. Gruppen	1000	299
7. Ausschüsse	1002	299
a) Allgemeines	1002	299
b) Untersuchungsausschüsse	1008	301
aa) Allgemeines	1008	301
bb) Einsetzung	1011	302
cc) Rechte und Verfahren	1016	302
III. Bundesrat	1020	304
1. Rechtsstellung und Rechtsgrundlagen	1020	304

	Rn.	S.
2. Funktion des Bundesrates	1021	304
a) Förderativ geprägtes Organ	1021	304
b) Mitwirkungsrechte	1023	304
3. Geschichtlicher Hintergrund	1025	305
4. Zusammensetzung und Organisation	1028	305
a) Bestellung und Abberufung durch die Landesregierungen	1028	305
b) Stimmenverhältnis	1031	306
c) Plenum und Ausschüsse	1034	307
d) Präsident	1037	308
e) Vergleich zwischen Bundestag und Bundesrat	1039	308
5. Verfahren	1044	309
a) Regelungen im Grundgesetz	1044	309
b) Beschlüsse, Beschlussfähigkeit, Beschluss- fassung	1045	310
c) Einheitliche Stimmabgabe	1049	311
6. Mitwirkung im Bereich der Legislative	1053	312
a) Vorverfahren	1054	312
b) Beteiligung bei Zustimmung- und Einspruchsgesetzen	1055	312
c) Keine zweite „Gesetzgebungskammer“	1058	313
7. Mitwirkung im Bereich der Exekutive	1059	313
a) Zustimmungsbedürftige Rechtsverord- nungen	1059	313
b) Zustimmungsbedürftigkeit bei Maßnahmen der Verwaltungsorganisation	1062	314
c) Notstand	1065	315
8. Mitwirkung im Bereich der Judikative	1068	315
9. Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäi- schen Union	1069	315
§ 17. Gesetzgebung und Normsetzung	1072	317
I. Gesetzgebungskompetenzen	1072	317
1. der Kompetenzverteilung – Ausgangsvermu- tung zugunsten der Länder	1072	317
2. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	1078	318
a) Systematik – Umfang	1078	318
b) Sachbereiche	1080	318
3. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen	1083	319
a) Systematik	1083	319

	R.n.	S.
b) „Kernkompetenz“ („Vorrangkompetenz“) .	1085	320
c) „Bedarfskompetenz“ („Erforderlichkeitskompetenz“)	1089	321
d) „Abweichungskompetenz“	1094	322
4. Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes	1097	324
5. „Ungeschriebene“ Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	1098	324
a) Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs	1099	324
b) Annexkompetenz des Bundes	1100	325
c) Bundeskompetenz kraft Natur der Sache . .	1101	325
II. Gesetzgebungsverfahren	1103	326
1. Funktion und Rechtsgrundlagen	1103	326
a) Formelles Verfahren, beteiligte Organe . . .	1103	326
b) Rechtsgrundlagen und Rechtsfolgen von Verstößen	1106	327
c) Abschnitte des Gesetzgebungsverfahrens . .	1110	328
2. Vorverfahren (Einleitungsverfahren)	1111	328
a) Gesetzesvorlage	1112	328
b) Gesetzesinitiativen der Bundesregierung . . .	1114	329
c) Gesetzesinitiativen des Bundesrates	1116	329
d) Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Bundestages	1118	330
e) Befassungspflicht	1121	330
3. Hauptverfahren im Bundestag	1122	331
a) Drei Beratungen (Lesungen)	1123	331
b) Schlussabstimmung	1127	332
4. Hauptverfahren: Beteiligung des Bundesrates .	1128	332
a) Einspruchsgesetze	1130	333
aa) Rechtswirkung und Reaktionsmöglichkeiten	1130	333
bb) Vermittlungsverfahren	1133	333
cc) Einspruch	1135	334
dd) Zurückweisung des Einspruchs	1136	334
b) Zustimmungsgesetze	1138	336
aa) Verfahren	1138	336
bb) Katalog der Zustimmungsgesetze	1143	336
cc) Änderungsgesetze	1149	338
5. Abschlussverfahren	1153	341
a) Gegenzeichnung	1154	341

	Rn.	S.
b) Ausfertigung	1156	341
aa) Funktionen	1156	341
bb) Prüfungs- und Ausfertigungsverweigerungskompetenz	1157	342
c) Verkündung	1174	345
6. Inkrafttreten	1177	346
7. Verwerfungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts	1179	347
III. Rechtsverordnungen	1182	348
1. Begriff und Bedeutung	1182	348
a) Exekutive Rechtsetzung	1182	348
b) Gesetze im „nur-materiellen“ Sinn	1185	349
c) Abgrenzung und Rang	1186	349
2. Delegation der Rechtsetzungsgewalt: Ermächtigungsvorbehalt	1188	349
3. Rechtsverordnungen aufgrund von Bundesgesetzen	1192	350
a) Verfassungsgrundlage und Funktion	1192	350
b) Anwendungsbereich	1193	350
c) Ermächtigungsadressaten (Delegatäre)	1195	351
d) Ermächtigungsumfang und -inhalt	1198	352
aa) Ermächtigungsgrundlage	1198	352
bb) Delegationsbeschränkung: Parlamentsvorbehalt	1201	352
cc) Bestimmtheitsgebot	1202	352
e) Anforderungen an die Rechtsverordnung selbst	1205	353
aa) Zurechnung zum Ermächtigungsadressaten	1206	353
bb) Zustimmungsbefürftigkeit	1208	354
cc) Zitiergebot	1212	355
dd) Ausfertigung, Verkündung, Inkrafttreten	1213	355
f) Prüfungsaufbau	1215	355
g) Rechtsfolgen von Rechtsverstößen	1216	356
aa) Verfassungswidrigkeit der Ermächtigungsgrundlage	1216	356
bb) Rechtswidrigkeit der Rechtsverordnung	1217	356
cc) Verwerfungskompetenz	1220	357
IV. Satzungen	1222	358
1. Delegation der Rechtsetzungsgewalt	1222	358

	R.n.	S.
2. Satzung als Rechtsetzungsinstrument	1225	358
3. Rechtfertigung und Grenzen	1229	359
§ 18. Regierung und Verwaltung	1238	361
I. Vollziehende Gewalt (Exekutive): Überblick	1238	361
1. Negativdefinition	1238	361
2. Regierung (Gubernative)	1241	361
3. Verwaltung (Administration)	1243	362
4. Schnittstellen	1246	362
II. Bundesregierung	1248	363
1. Rechtsstellung und Bedeutung	1248	363
2. Regierungsbildung	1251	364
a) Wahl des Bundeskanzlers	1252	364
aa) Wahl auf Vorschlag des Bundespräsi-		
dent	1253	364
bb) Wahl auf Initiative des Bundestages mit		
„Kanzlermehrheit“	1256	365
cc) Wahl auf Initiative des Bundestages mit		
einfacher Mehrheit	1257	365
b) Ernennung des Bundeskanzlers	1258	365
c) Ernennung der Bundesminister	1259	365
3. Amtszeit des Bundeskanzlers	1266	367
a) Legislaturende und „Rücktritt“	1266	367
b) Misstrauensvotum	1268	367
aa) „Destruktives“ Misstrauensvotum	1269	368
bb) „Konstruktives“ Misstrauensvotum	1270	368
cc) Verfahren	1272	368
c) Vertrauensfrage	1273	368
aa) Erfolg und Scheitern der Vertrauens-		
frage	1275	369
bb) Echte Vertrauensfrage	1281	370
cc) Unechte Vertrauensfrage	1282	370
d) Geschäftsführende Bundesregierung	1285a	371
4. Amtszeit der Bundesminister	1286	371
5. Aufgaben und interne Organisation	1289	372
a) Bundeskanzler	1290	372
aa) Geschäftsleitungskompetenz	1290	372
bb) Organisations- und Personalkompetenz		
(Kabinettsbildungsrecht)	1291	372
cc) Richtlinienkompetenz	1293	373
b) Bundesminister	1296	373
c) Bundesregierung als Kollegium	1297	374
6. Staatssekretäre	1302	375

	Rn.	S.
III. Bundespräsident	1305	376
1. Rechtsstellung	1305	376
a) Rechtsgrundlagen und historischer Hinter- grund	1305	376
b) Wahl durch die Bundesversammlung	1307	376
c) Amtszeit; Vertretung	1310	377
2. Kompetenzen	1311	378
a) Repräsentation und Integration	1311	378
b) Völkerrechtliche Vertretung der Bundesre- publik Deutschland	1314	379
c) Ernennungs- und Entlassungskompetenz	1316	379
d) Begnadigungsrecht	1318	379
e) „Reservebefugnisse“	1319	380
f) Ausfertigung von Bundesgesetzen	1324	381
3. Vorbehalt der Gegenzeichnung	1328	381
a) Funktion	1329	381
b) Umfang	1332	382
c) Rechtsfolgen	1335	383
4. Präsidentenanklage	1337	383
IV. Verwaltungskompetenzen, insbesondere Vollzug von Bundesgesetzen	1338	384
1. Gesetzesakzessorische und nicht-gesetzesakzes- sorische Verwaltung	1338	384
a) Gesetzesakzessorische Verwaltung	1338	384
b) Nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	1340	385
2. Verwaltung im Bundesstaat	1342	385
a) Bundes- und Landesverwaltung – Kommu- nalverwaltung	1342	385
b) Verbot der Mischverwaltung	1345	386
c) Spezifische Funktion einer Bundesver- fassung	1346	386
3. Ausführung der Landesgesetze	1347	387
4. Ausführung der Bundesgesetze	1348	387
a) Allgemeines	1348	387
b) Landeseigenverwaltung	1350	388
c) Landesverwaltung im Bundesauftrag („Bundesauftragsverwaltung“)	1360	390
d) Bundesverwaltung	1371	393
aa) Systematisierung	1371	393
bb) Unmittelbare und mittelbare Bundes- verwaltung	1374	394

	R.n.	S.
cc) Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	1378	395
dd) Ungeschriebene Verwaltungskompetenzen des Bundes	1380	396
ee) Organisationsvorgaben	1381	396
5. Zuständigkeit für die nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	1382	397
V. Öffentlicher Dienst	1383	397
1. Hintergrund – Differenzierung	1383	397
2. Öffentlicher Dienst ieS (Berufsbeamte)	1385	398
a) Funktionsvorbehalt	1386	398
b) Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	1389	399
c) Leistungsprinzip	1395	400
3. Öffentlicher Dienst iwS; andere öffentliche Ämter	1398	400
VI. Amts- und Rechtshilfe; Krisenbewältigung	1400	401
1. Bedeutung	1400	401
2. Voraussetzungen und Grenzen	1404	402
3. Bundesstaatliche Kooperation in Krisensituationen	1408	402
a) Fallgruppen	1408	402
b) Einsatz der Bundeswehr gegen terroristische Anschläge	1411	404
VII. Staatshaftung	1414	404
1. Bedeutung	1415	404
2. Amtshaftungsanspruch	1418	405
a) Rechtsgrundlagen	1418	405
b) Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	1421	406
§ 19. Rechtsprechung	1426	408
I. Richtervorbehalt	1426	408
1. Merkmale des Recht-Sprechens	1428	408
2. Unabhängigkeit von Richtern und Gerichten	1433	409
II. Verfassungsrechtliche Verfahrensgarantien	1436	410
1. Recht auf den gesetzlichen Richter	1437	410
2. Anspruch auf rechtliches Gehör	1439	411
3. Gebot des fairen Verfahrens	1442	411
4. Strafrechtliche Verfahrensgarantien	1443	412
a) Nulla poena sine lege – Rückwirkungsverbot ua	1443	412

	Rn.	S.
b) Ne bis in idem – Mehrfachbestrafungsverbot	1448	412
c) Habeas corpus – Richtervorbehalt bei Freiheitsentziehungen	1448a	413
III. Organisation und Aufgaben der Fachgerichts- barkeiten	1449	413
IV. Bundesverfassungsgericht	1454	415
1. Stellung und Rechtsgrundlagen	1454	415
2. Aufbau und Arbeitsweise	1456	415
V. Verfassungsprozessrecht (Grundzüge)	1461	417
1. Allgemeines	1461	417
a) Prüfungsumfang, Enumerationsprinzip . . .	1462	417
aa) Keine „Superrevisionsinstanz“	1462	417
bb) Enumeration der Verfahrensarten	1463	417
cc) Kontradiktorische Verfahren und ob- jektive Rechtsbeanstandungsverfahren .	1465	418
dd) Verfassungsbeschwerde als häufigste Verfahrensart	1468	419
b) Zulässigkeit: Prüfung in der Klausur u.dgl. .	1472	420
c) Zulässigkeit: Statthaftigkeit (Rechtsweg) . .	1481	423
d) Zulässigkeit: allgemeine Sachentscheidungs- voraussetzungen	1482	423
aa) Verfahrensfähigkeit (Prozessfähigkeit) .	1483	424
bb) Postulationsfähigkeit	1487	425
cc) Form	1488	425
dd) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis (Rechtsschutzinteresse)	1490	425
e) Begründetheit	1492	426
f) Entscheidung, Entscheidungswirkungen . . .	1496	426
aa) Stattgabe, Zurückweisung, Verwerfung	1496	426
bb) Bindungswirkungen	1497	426
2. Organstreit	1499	427
a) Allgemeines	1499	427
b) Besondere Sachentscheidungsvorausset- zungen	1502	428
c) Begründetheit	1517	432
d) Entscheidung	1520	433
e) Sonderfälle des Organstreitverfahrens	1521	433
3. Abstrakte Normenkontrolle	1523	434
a) Allgemeines	1523	434
b) Besondere Sachentscheidungsvorausset- zungen	1525	435

	Rn.	S.
c) Begründetheit	1539	439
d) Entscheidung	1544	440
e) Sonderfälle der abstrakten Normenkontrolle	1547	441
f) Abgrenzung: Subsidiaritätsklage zum Gerichtshof der Europäischen Union	1555	443
4. Konkrete Normenkontrolle	1556	443
a) Allgemeines	1556	443
b) Besondere Sachentscheidungsvorausset- zungen	1562	445
c) Begründetheit	1577	448
d) Entscheidung	1581	449
e) Abgrenzung: Vorabentscheidungsverfahren	1584	450
5. Bund-Länder-Streit	1585	450
a) Allgemeines	1585	450
b) Besondere Sachentscheidungsvorausset- zungen	1588	451
c) Begründetheit	1595	453
d) Entscheidung	1597	453
6. Wahlprüfungsbeschwerde	1598	453
a) Allgemeines	1598	453
b) Besondere Sachentscheidungsvorausset- zungen	1600	455
c) Begründetheit	1608	456
d) Rechtsfolgen	1609	457
7. Einstweilige Anordnung	1610	457
a) Allgemeines	1610	457
b) Zulässigkeitsvoraussetzungen	1614	459
c) Begründetheit	1622	460
d) Entscheidung	1630	462
8. Landesverfassungsgerichtsbarkeit	1632	462
a) Stellung; Abgrenzung	1632	462
b) Verfahren vor den Landesverfassungsge- richten	1637	463
c) Zuständigkeiten und Prüfungsmaßstäbe . . .	1639	464

	Rn.	S.
Verzeichnis der Übersichten und Schemata		467
Verzeichnis der Erläuterungsfälle		471
Verzeichnis der zitierten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts		473
Sachverzeichnis		481